

Antrag

Hannover, den 14.08.2018

Fraktion der FDP

Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Gemäß Drucksache 17/3930 beobachtet die Landesregierung unter Ministerpräsident Weil die Entwicklungen am globalen Markt für Flüssigerdgas (LNG: Liquefied Natural Gas) seit Jahren sehr genau. Bereits im Sommer 2015 hieß es: „Sofern aus Gründen der Versorgungssicherheit ein wirtschaftlich sinnvoller Aufbau von LNG-Kapazitäten künftig notwendig ist, wird die Landesregierung ihre Unterstützung anbieten“ (Drucksache 17/3930, Seite 64). In der Drucksache 17/4873 „LNG-Terminal in Wilhelmshaven: Wie unterstützt Niedersachsen den ‚Neustart‘?“ führt die Landesregierung aus, dass „Zielgerichtete Förderprogramme zum Aufbau einer LNG-Infrastruktur in Niedersachsen“ zurzeit nicht aufgelegt sind und dass Minister Lies „zurzeit beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für weitere Unterstützung“ von LNG-Projekten wirbt. In der Zwischenzeit haben die Niederlande angefangen, ein zweites LNG-Importterminal in Eemshaven zu projektieren, hat Mecklenburg-Vorpommern eine Studie für Handlungsansätze zum Aufbau einer LNG-Infrastruktur erarbeitet und sind Hamburg und Schleswig-Holstein eine Kooperation bei wichtigen Hafenprojekten bis hin zum Aufbau von LNG-Importkapazitäten in Brunsbüttel (siehe u. a. Drucksache 17/6474, Seite 71) eingegangen.

Während die Landesregierung von Ministerpräsident Weil die Auffassung vertritt, dass der „Zugang zu LNG für den deutschen Markt“ über die benachbarten Staaten Belgien, Niederlande oder andere europäische Staaten sichergestellt werden kann (Drucksachen 17/3930 und 18/75) treibt die Landesregierung von Schleswig-Holstein die Errichtung eines LNG-Importterminals für Deutschland zielgerichtet voran. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung unter Ministerpräsident Weil wurde das Thema LNG-Importterminal hinreichend unkonkret wie folgt aufgegriffen: „Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ein Flüssiggasterminal an der niedersächsischen Küste zu schaffen. Standortbezogene Aussagen bzw. Festlegungen werden an dieser Stelle nicht getroffen“ („Quo vadis LNG-Importterminal in Niedersachsen“, Drucksache 18/1319, Seite 5). Seit 2018 „begrüÙt und unterstützt die Landesregierung zielgerichtete Aktivitäten und Projektvorschläge, die der Errichtung von LNG-Infra- und Suprastrukturen an der niedersächsischen Küste dienen“ (ebenda), und Minister Lies „kämpft für einen LNG-Terminal in Wilhelmshaven“ (<https://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/minister-olaf-lies-kaempft-fuer-lng-terminal-in-wilhelmshaven-161923.html>).

Spätestens seit der Korrektur des Rechenfehlers der Landesregierung bezüglich der beantragten Kapazitäten von Brunsbüttel (Drucksache 18/573 i. V. m. Drucksache 18/920) und der Meldung „Liegt Niedersachsen bei LNG-Terminal zurück?“ (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Liegt-Niedersachsen-bei-LNG-Terminal-zurueck,aktuelllueneburg540.html) vom 14.08.2018, aus der hervorgeht, dass Brunsbüttel Fördergelder für ein LNG-Importterminal beim Bund beantragt und Niedersachsen ins Hintertreffen geraten ist, wird es Zeit, ein LNG-Konzept für Niedersachsen zu entwickeln.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. auf der Grundlage eigener Erkenntnisse durch die jahrelange Beobachtung des globalen LNG-Marktes und der Potenzialanalyse „LNG-Infrastruktur an der deutschen Nordseeküste unter Betrachtung besonders geeigneter Standorte“ eine landeseigene LNG-Strategie zu entwickeln,

2. auf Grundlage der landeseigenen LNG-Strategie Handlungsfelder, Notwendigkeiten und Optionen abzuleiten, die Niedersachsen bei der Errichtung eines LNG-Importterminals unterstützen,
3. die potenziellen Standorte in Niedersachsen bei der Entwicklung der jeweiligen LNG-Konzepte zu unterstützen,
4. die Bundesregierung aufzufordern, eine nationale LNG-Strategie zu erstellen und notwendige Fördermittel nicht nach dem Windhundverfahren, sondern auf Grundlage der nationalen LNG-Strategie zu gewähren.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.08.2018)